



Protokoll des Gemeinderates Dübendorf

vom 2. Juli 2007

Blatt 149

7. Sitzung

<u>Ort:</u>	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ	
<u>Beginn:</u>	19.00 Uhr	
<u>Vorsitz:</u>	Valeria Rampone	Ratspräsidentin
<u>Protokoll:</u>	Toni Spitale	Ratssekretär
<u>Anwesend:</u>	36 Ratsmitglieder	
<u>Entschuldigt abwesend:</u>	Peter Bless Peter Schuppisser Andrea Kuhn Stephan Schneider	DP SP CVP CVP
<u>Stimmzähler:</u>	Jürg Zimmermann Patric Crivelli Patrick Angele	Bereich rechts, FDP und Bürotisch SVP Bereich links
<u>Weibeldienst:</u>	Leopoldo Putorti	Stadtweibel

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 6. Sitzung vom 7. Mai 2007
3. Genehmigung der Jahresrechnung 2006
(Geschäft Nr. 56 / 2007)
4. Genehmigung des Geschäftsberichts 2006
(Geschäft Nr. 59 / 2007)
5. Ersatzwahl Jugendkommission / Flavia Sutter als Ersatz von Renate Nussberger (SP) / (Geschäft Nr. 57 / 2007)
6. Postulat Anton Keller (SVP) und 20 Mitunterzeichnende betreffend Parkplatzbewirtschaftung in der Stadt Dübendorf / Zweite Beantwortung
(Geschäft Nr. 227 / 2005)
7. Motion SP-Fraktion betreffend Wärmeenergiebedarf bei Bauten / Überweisung
(Geschäft Nr. 76 / 2007)
8. 5 Bürgerrechtsgesuche

1. **Mitteilungen**

- Ratsausflug vom 31. August 2007

Die Ratspräsidentin bittet alle diejenigen, welche sich noch nicht an- oder abgemeldet haben, dies baldmöglichst zu tun.

- Protokollversand

Der Sekretär lässt eine Liste zirkulieren, auf der die Gemeinderäte ankreuzen können, ob sie das Protokoll weiterhin per Post zugestellt erhalten wollen. Als Alternative bietet sich das Herunterladen von der Homepage der Stadt Dübendorf an.

- Nächste Gemeinderatssitzung

Die nächste Sitzung – mit Fragestunde - findet am Montag, 3. September statt.

2. Protokoll der 6. Sitzung vom 7. Mai 2007

Gegen das erwähnte Protokoll sind folgende Berichtigungsanträge eingegangen:

Ergänzung von Hans Baumann (SP / JUSO) bei seinem Votum auf der Seite 141: „Er zweifelt zudem an der von Stadtrat und einigen Ratskollegen geäusserten Meinung, dass der Vorstoss nicht motionsfähig sei.“

Korrekturanmerkung von Gaby Gossweiler (FDP): Beim Wahlresultat bei der ersten Vizepräsidentin, auf Seite 145, hat sich auf einer Position der Fehlerbeutel eingeschlichen (falsch: 35 ungültige Stimmen. Richtig: 0 ungültige Stimmen).

Der Sekretär hat das Originalprotokoll entsprechend ergänzt beziehungsweise korrigiert.

3. Genehmigung der Jahresrechnung 2006

Ratspräsidentin Valeria Rampone erläutert das Vorgehen. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt.

Keine Einwändungen

a) Eintretensdebatte

GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP) nimmt namens der GRPK Stellung

„Ich gliedere mein diesjähriges Referat in drei Teile:

- Eintretensdebatte mit einer Gesamtschau
- Detailberatung mit Hinweisen zu Feststellungen
- Antrag

Die GRPK befasste sich in den letzten Wochen intensiv mit der Beurteilung und der Prüfung der Rechnung 2006. Die GRPK stellte wie in den Vorjahren einen umfassenden Fragekatalog zusammen. Alle Fragen zur Rechnung wurden offen, transparent und ehrlich beantwortet. Für diese Informationspraxis spreche ich im Namen der GRPK den grossen und verbindlichen Dank aus. Alle bemühten sich um ein effizientes und effektives Mitwirken. Erneut nahm das Gemeindeamt des Kantons ergänzend eine technische Vorprüfung der Rechnung vor, damit sich die GRPK bei ihrer Arbeit primär auf die politischen Fragestellungen konzentrieren konnte. Die Profirevisoren kontrollierten, ob die Rechnungslegung den gesetzlichen Vorschriften entspricht und vertieften schwerpunktmässig die Arbeit im Bereich „Tiefbau“. Mit Befriedigung nahm die GRPK vom Ergebnis Kenntnis: „Keine problematischen Feststellungen, deutlich verbesserte Qualität der Rechnungslegung“. Die GRPK beurteilt die Arbeit der technischen Vorprüfung als zweckmässig und wertvoll. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass immer wieder auf neue Aspekte hingewiesen wird.

Vor diesem Hintergrund hat die GRPK entschieden, auch für die Prüfung der Rechnung 2007 auf die Unterstützung des Gemeindeamtes zu zählen. Verursachten in den Vorjahren verschiedene Unzulänglichkeiten einen Zusatzaufwand für alle involvierten Partner, so darf heute bei der Beurteilung der Rechnung 2006 von der *Rückkehr zur Normalität* gesprochen werden.“

Die GRPK beantragt Eintreten auf die Rechnung.

Keine Wortmeldungen aus dem Rat. Eintreten ist somit beschlossen.

Laufende Rechnung

„Die laufende Rechnung 2006 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von Franken 546'000.-- ab, was eine Verbesserung gegenüber Budget um fast 3,1 Millionen Franken entspricht. Höhere Steuereinnahmen beeinflussten das Ergebnis positiv. Der gesamthaft stabilisierte Sachaufwand ist ebenfalls erfreulich. Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Detailanalyse um Doppelspurigkeiten mit den Ausführungen von Stadtrat Martin Bäumle zu vermeiden. Auf Anregung des GRPK-Präsidenten führte der Stadtrat in der Rechnung erstmals einen Kurzbericht als Ergänzung zum Differenzenkatalog über jede Abteilung ein. Mit diesem zusätzlichen Kommentar wird der Informationsgehalt der Rechnung wesentlich gesteigert, da auf besondere Umstände in knappen Worten hingewiesen und Trends erläutert werden können. Die GRPK begrüsst diese Neuerung; die Aussagekraft könnte noch optimiert werden. Der Leser ist an knappen und präzisen Worten interessiert und weniger an ausschweifenden Formulierungen.

Optimierungschancen

Die GRPK richtet an die Adresse des Stadtrates und der Verwaltung verschiedene *Optimierungsanliegen*: Es kommt immer wieder vor, dass Umstellungen in den Kontobezeichnungen vorgenommen werden, was an sich nicht zu vermeiden ist. Schön wäre es, wenn zu Vergleichszwecken die entsprechenden Schlüssel mitgeliefert würden, damit die Nachvollziehbarkeit auch für Aussenstehende gewährleistet bleibt. Stetigkeit in der Darstellung: In der Rechnung 2007 stellte die GRPK fest, dass im massgebenden Budget 2006 für die Arbeiten und Dienstleistungen einer anderen Abteilung interne Verrechnungen geplant worden sind, jedoch später dann bei der Rechnungslegung nicht konkret umgesetzt wurden. Wir erwarten ein konsequentes Vorgehen und eine Stetigkeit zwischen Voranschlag und Rechnung: entweder Verzicht auf interne Verrechnungen bei der Budgetierung und dann auch keine Buchungen in der Jahresrechnung. Die Revisoren des Gemeindeamtes stellten bei ihrer Arbeit fest, dass Unklarheiten beim Begriff Rückstellungen bestehen. Rückstellungen sind gemäss § 48 des Kreisschreibens der Direktion der Justiz und des Innern über den Gemeindehaushalt betragsmässig noch nicht genau bekannte Verpflichtungen gegenüber Dritten *für bereits erbrachte Leistungen oder Lieferungen* und nicht wie in der Privatwirtschaft üblich für eingegangene Verpflichtungen. Das Thema ist der Finanzverwaltung bekannt. Für die Rechnung 2007 sind noch präzisere Anwendungsbestimmungen für die der Abteilungsleiter erlassen worden. Im detaillierten Bericht über die technische Vorprüfung finden sich auch verschiedene Hinweise zu fehlerhaften und wenig präzisen Kontierungen einzelner Aufwandpositionen. Die GRPK ist der Ansicht, dass in diesem Bereich eine zusätzliche Ausbildung der entsprechenden Mitarbeitenden und / oder erhöhte Sorgfalt zweckmäs-

sig wäre. Bei der Primarschule waren zum Zeitpunkt der Budgetierung die finanziellen Auswirkungen des neuen Konzepts ISF noch nicht klar, was zu wesentlichen Mehrausgaben von Franken 314'000.-- oder rund 40 % des budgetierten Betrages führte. Die GRPK hat zwar den entsprechenden Schulpflegebeschluss erhalten, vermisst jedoch den nach unserer Ansicht nach nötigen Nachtragskredit. Die GRPK erwartet von der Primarschule, dass bei vergleichbaren Situationen künftig Nachtragskredite gesprochen werden.

Keine ergänzenden Bemerkungen zu *Investitionsrechnung, die Bestandesrechnung und die Sonderrechnungen*. Alle Fragen wurden geklärt.

Neubewertung der Liegenschaften

Alle 10 Jahre sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben die Liegenschaften des Finanzvermögens der Stadt nach einem einheitlichen Kriterienkatalog neu zu bewerten. Die Wertfestlegung überprüfte und bewilligte anschliessend das Gemeindeamt des Kantons. Aus dieser Neubewertung resultiert ein Buchverlust von rund 16,8 Millionen Franken, der direkt dem Eigenkapital der Stadt belastet worden ist. Das Eigenkapital reduzierte sich auf rund 36,6 Millionen Franken. Eine Unterkommission der GRPK beurteilte die vorgenommenen Arbeiten. Aus dieser Neufestlegung des Bilanzwertes resultierten keine Anschlussfragen.

Pensionskasse

Erneut revidierte die BDO Visura den Jahresabschluss per 31.12.2006 der Pensionskasse. Die GRPK hat den Revisionsbericht erhalten und zur Kenntnis genommen. Erwähnenswert sind hier folgende Aspekte: Die Revisionsstelle weist in ihrem Bericht vom 29.5.2007 darauf hin, dass das 1999 gewährte Darlehen der Pensionskasse an die Stadt Dübendorf über 30 Millionen Franken gegen die Anlagerichtlinien gemäss Art. 57 Abs. 1 BVV2 (Bestimmungen über die ungesicherten Anlagen beim Arbeitgeber) verstosse. Die Pensionskasse vertritt in dieser Frage eine andere Ansicht. Das Amt für berufliche Vorsorge hat diesen Sachverhalt ebenfalls zur Kenntnis genommen, jedoch bis heute keine Auflage formuliert. Derzeit streben Stadt und Pensionskasse eine Entflechtung an: Per 31.12.2007 wird eine erste Tranche über sechs Millionen Franken zurückgeführt. Weitere Tranchen von je 12 Millionen Franken könnten per 31.12.2008 und 31.12.2009 getilgt werden. Derzeit sind diese möglichen Rückzahlungen aber noch als Absichtserklärungen zu taxieren. Der Deckungsgrad der Pensionskasse betrug per 31.12.2006 116 %, im Vorjahr 113.7 %, ferner wurden im Berichtsjahr freie Mittel über 1,1 Millionen Franken gebildet. Nach Ansicht der GRPK ist die wirtschaftliche Lage der Dübendorfer Pensionskasse erfreulich. Die kantonale Beamtenversicherungskasse verfügt derzeit über einen Deckungsgrad von 105%.

Antrag

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat die Jahresrechnung 2006 des Politischen Gutes und der Pensionskasse zu genehmigen. Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 546'035.88 wird, gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984, dem Eigenkapital belastet.

Hans-Felix Trachsler bittet den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.

Finanzvorstand Martin Bäumle erläutert mittels einer PowerPoint-Präsentation die Eckwerte der Rechnung 2006 und macht einen kurzen Ausblick aufs 2008:

Rückblick:

- Personalaufwand 2006 stagnierte
- Sachaufwand konnte gebremst werden
- Sozialaufwendungen weiterhin auf hohem Niveau
- Steuerkraftplus unter kantonalem Durchschnitt

Ausblick 2008:

- Klare Zielvorgaben sollen weiterhin aufwanddämmend wirken
- Dringliche Investitionen werden sich negativ auf die Investitionsrechnung auswirken
- Zusätzliche Aufwände bei den Sockelbeiträgen an Spitäler und für Massnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Volksschulgesetz
- Stadtrat sieht Handlungsbedarf bei der Lohnsumme für das Personal
- Steuererträge erholen sich langsam

Der Finanzvorstand beantragt im Namen des Stadtrates der Rechnung 2006 zuzustimmen.

Keine allgemeinen Bemerkungen zur Rechnung aus dem Rat.

b) Detailberatung

a) Laufende Rechnung, Seiten 12 bis 123

10 Präsidium, Seiten 30 - 36

Keine Anträge, genehmigt.

11 Finanzen, Seiten 36 – 43

Keine Anträge, genehmigt.

12 Hochbau und Planung, Seiten 43 – 46

Keine Anträge, genehmigt.

13 Tiefbau, Seiten 46 – 52

Keine Anträge, genehmigt.

14 Sicherheitsabteilung, Seiten 52 - 58

Keine Anträge, genehmigt.

15 Gesundheitswesen und Umweltschutz, Seiten 59 - 63

Keine Anträge, genehmigt.

16 Sozialabteilung, Seiten 63 - 72

Keine Anträge, genehmigt.

17 Bildung, Jugend und Sport, Seiten 72 - 74

Keine Anträge, genehmigt.

19 Primarschule, Seiten 74 - 82

Keine Anträge, genehmigt.

b) Investitionsrechnung, Seiten 124 - 145

Keine Anträge, genehmigt.

c) Bestandesrechnung, Spezialrechnungen und Spezialfinanzierungen, Seiten 146 – 190

Keine Anträge, genehmigt.

d) Pensionskasse der Stadt Dübendorf, Seiten 200 - 218

Keine Anträge, genehmigt.

e) Gesamtergebnis, Seiten 3 - 11

Keine Anträge, genehmigt.

Schlussabstimmung:

Die Jahresrechnung 2006 wird mit

35 Ja zu 0 Nein

genehmigt.

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung 2006

- a) des Politischen Gutes
- b) der Pensionskasse

wird genehmigt.

2. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 546'035.88 wird – gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion des Innern vom 10. Oktober 1984 – dem Eigenkapital belastet.

4. Genehmigung des Geschäftsberichts 2006

Ratspräsidentin Valeria Rampone erläutert den Verhandlungsablauf. Er erfolgt nach dem gleichen Muster wie bei der Behandlung der Jahresrechnung.

Keine Bemerkungen aus dem Rat. Das Vorgehen ist somit genehmigt.

a) Eintretensdebatte

Namens der GRPK nimmt Hans-Felix Trachsler (SVP) zum Eintreten Stellung:

„Der Geschäftsbericht 2006 erscheint erstmals in einem völlig neuen Kleid. Wie sie sich selbst überzeugen können, ist er grafisch ansprechend gestaltet. Die Texte sind in einer präzisen, gut verständlichen Sprache abgefasst. Der Bericht enthält eine Fülle von Informationen über die politische Arbeit in Dübendorf im vergangenen Jahr. An dieser Stelle spreche ich im Namen der GRPK-Kollegen meinen verbindlichen Dank aus für die grosse Arbeit bei der Gestaltung und auch für die offene und transparente Information, die der Bericht enthält. Wie prüft und beurteilt die GRPK den Bericht? Eigentlich gleich wie Rechnung und Voranschlag. Sie studiert den Bericht, trägt Fragen zusammen, die dem Stadtrat zur Beantwortung weitergeleitet werden. Verschiedene Themenkreise aus Rechnung und Geschäftsbericht überschneiden sich. In einer offenen Diskussionsrunde mit dem Stadtrat verschaffte sich die GRPK zu verschiedenen Themen einen vertieften Einblick in die aktuelle Fragestellung und liess sich aus erster Hand über die künftige Entwicklung orientieren.“

Keine Bemerkungen aus dem Rat. Eintreten ist somit beschlossen.

„In meinem Referat will ich aus der Diskussion mit dem Stadtrat vier Themenbereiche etwas vertieft beleuchten, es sind dies:

- Kläranlage, Abfallwirtschaft
- Pendente Bauabrechnungen
- Entwicklung Areal Militärflugplatz
- Spitex

Die *Kläranlage ARA Neugut* hat die Kapazitätsgrenze erreicht. Aktuell beurteilt ein EAWAG Forschungsprojekt, wie die Reinigungsleistung optimiert und wie die ARA ausgebaut werden könnte. Erste Ergebnisse sind bis Ende 2007 zu erwarten. Entscheidend ist auch die künftige Nutzung des Militärflugplatzareals. Das neue Regenklärbecken Z stellt für die ARA einen wichtigen Meilenstein dar, da nun für Notfälle auch ein separates Pufferbecken zur Verfügung steht. Fest steht heute eindeutig und sicher: Sind Erweiterungsbauten für die ARA nötig, handelt es sich um Projekte mit Aufwendungen von mehreren Millionen.

Das *Thema Abfall* ist und bleibt ein Thema auf der Agenda der Dübendorfer Gemeindepolitik: Trotz Gebührensenkungen weist die Sonderrechnung Abfallbeseitigung einen positiven Saldo von knapp 1,2 Millionen Franken aus. Ein Betrag der aus Sicht der GRPK zu hoch ist. Derzeit plant der Stadtrat keine Senkung der Abfallgebühren. Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation bei der Abfallsammelstelle und im Bereich Littering sollen zulasten dieses Saldos finanziert werden. Nach Meinung der GRPK sind diese Ausführungen noch etwas vage. Mit dem Voranschlag 2008 sind entweder konkrete und auch betragsmässig bezifferte Projekte vorzulegen und / oder klare Massnahmen zur Gebührensenkung mit rascher und zuverlässiger Wirkung vorzusehen. Die Dübendorfer Sammelstelle im Schörli ist zweckmässig; die Dienstleistungen werden gerne auch von Bewohnern anderer Gemeinden beansprucht. Derzeit überprüft der Stadtrat auch die Möglichkeit eines Bonsystems, bei dem Dübendorfer Abfälle günstiger entsorgen können.

Pendente Bauabrechnungen: die GRPK überprüft regelmässig die pendenten Bauabrechnungen. Aktuell ist die Liste überdurchschnittlich lang. Gewisse Vorhaben hatten den Baubeginn 1997. Die Kredite „Sanierung Wallisellenstrasse“, „Chilbiplatz“ und „Baubeitrag der Stadt Dübendorf an die Sanierung der Kunsteisbahn über 6 Millionen“, figurieren auch noch auf dieser Liste. Der Stadtrat bezeichnet die Situation als unschön, verspricht aber noch im laufenden Jahr einen beachtlichen Teil dieser Altlasten abzurechnen. Die Kapazität in der Tiefbauabteilung ist aufgrund der im Berichtsjahr vollzogenen Integration der Abfallbewirtschaftung knapp. Trotzdem erwartet die GRPK, dass diese administrativen Arbeiten zügig und zielgerichtet an die Hand genommen werden und nicht auf die lange Bank geschoben werden. Schliesslich gilt es auch zu beachten, dass die Hintergründe einer allfälligen Kostenüberschreitung besser begründet und erklärt werden können, wenn die Erstellung des Bauwerkes nicht Jahre zurückliegt.

Stadtpräsident Lothar Ziörjen informierte die GRPK aus erster Hand über die aktuelle *Entwicklung des Militärflugplatzes*. Die vorhandene Infrastruktur ist durch das VBS noch nicht freigegeben. Aktuell ist eine Analyse des VBS im Gang um zu ermitteln, was vorhanden ist und wie lange die Infrastruktur noch durch das Militär benötigt wird. Eine Planung, wie das grosse Areal künftig genutzt werden könnte, ist aktuell noch nicht möglich, da konkrete Eckdaten fehlen. In diesem Jahr wurde die Planungsorganisation aufgebaut. Dübendorf ist in allen Steuerungsgremien auf Ebene Bund (Eigentümer des Areals, heutiger Nutzer), Kanton (Hohheit Richtplan) und Anstössergemeinden (Bau- und Zonenordnung) vertreten. In den kommenden Jahren sind keine grossen Veränderungen zu erwarten, jedoch befristete Zwischennutzungen in den Liegenschaften werden auch aus kommerziellen Überlegungen angestrebt.

Die GRPK verlangte zum *Thema Spitex* einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit in den ersten 18 Monaten nach der Neuausrichtung. Die Unterlagen liegen nun vor. Das Thema wird nach der Sommerpause in einem Gedankenaustausch mit Stadtrat Kurt Spillmann und dem Alterszentrumsleiter Daniel Guggisberg separat vertieft.

Antrag

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig, den Geschäftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen.“

Keine allgemeinen Bemerkungen zum Geschäftsbericht aus dem Rat.

b) Detailberatung

1. Gemeinderat, Seiten 2 – 3

Keine Fragen

2. Stadtrat, Seiten 2 – 9

Keine Fragen

3. Geschäftsleitung, Seiten 10 – 13

Keine Fragen

4. Allgemeine Verwaltung, Seiten 15 – 18

Keine Fragen

5. Finanzen, Steuern und Liegenschaften, Seiten 19 – 22

Arthur Gasser (EDU) weist darauf hin, dass auf der Seite 20 bei der Position „Geldabgänge“ das Minuszeichen fehlt.

Keine Fragen

6. Sicherheit, Einwohner und öffentlicher Verkehr, Seiten 23 – 27

Orlando Wyss (SVP) bedankt sich beim Stadtrat – namentlich bei Stadtschreiber Rolf Butz - für die gut geleistete Arbeit. Nachdem er in früheren Jahren immer wieder die Unterteilung nach Konfessionen vermisst habe, sei diese nun im vorliegenden Geschäftsbericht enthalten, lobte Wyss.

7. Planung, Seiten 28 – 29

Keine Fragen

8. Hochbau, Seiten 30 – 32

Keine Fragen

9. Tiefbau, Seiten 33 – 36

Keine Fragen

10. Soziales, Seiten 37 – 42

Keine Fragen

11. Bildung, Seiten 47

Keine Fragen

12. Einzelbeamtungen, Seite 48

Keine Fragen

Abstimmung:

Mit 35 Ja zu 0 Nein wird der Geschäftsbericht genehmigt.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2006 wird genehmigt.

5. Ersatzwahl Jugendkommission

Aufgrund eines Wohnortwechsels gab Renate Nussberger (SP) der Ratspräsidentin ihren Rücktritt aus der Jugendkommission per 31. März 2007 bekannt.

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Hans-Felix Trachsler (SVP) vor:

Frau Flavia Sutter, parteilos, geboren 22.12.1969, wohnhaft Fällandenstrasse 16, 8600 Dübendorf.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Flavia Sutter wird mit 35 zu 0 Stimmen als Mitglied der Jugendkommission gewählt.

(Mitteilungen mit separatem Protokollauszug)

6. Postulat Anton Keller (SVP) und 20 Mitunterzeichnende betreffend Parkplatzbewirtschaftung / Zweite Beantwortung

Der Erstunterzeichner nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 25. Mai 2007 Stellung:

„Zuerst möchte ich dem Stadtrat danken, dass er sich so rasch diesem Problem wieder angenommen hat. Auch danken möchte ich ihm, dass er darauf eingegangen ist und wenigstens im Ansatz dem Anliegen etwas Rechnung trägt. Nur: es ist wirklich erst ein Ansatz. Ich möchte nur kurz auf die einzelnen Forderungen, welche inzwischen allen geläufig sein müssten, eingehen.

1. Die Erhöhung der Gratisparkzeit:

Dies war eines der Hauptanliegen im Interesse der im Zentrum angesiedelten Detaillisten und Gastrobetrieben. Auf dieses Anliegen ging der Stadtrat gar nicht ein, mit der Begründung, es bewährt sich. Bei dieser Antwort frage ich mich, was bewährt sich? Oder: für wen bewährt es sich? Das einzige, was ich mir unter bewähren vorstellen kann, ist für den Finanzminister. Nein, dies kann doch keine echte Begründung sein. Diese Viertelstunde nützt doch den wenigsten etwas. Beispiel: Ich ging diesen Frühling einige Male mit meiner Frau am Mittwochvormittag zum Markt. Ich weiss, dass eine Viertelstunde zum Einkaufen einfach nicht reicht; also muss ich doch von Anfang an die Parkuhr bedienen. Dies hilft auch nicht viel, wenn jetzt, wie versprochen, die bezahlte Parkzeit um eine Viertelstunde verlängert wird. Wenn der Stadtrat sich zu einer Verlängerung der Gratisparkzeit auf eine halbe Stunde hätte bewegen lassen, hätten wir uns vermutlich damit abgefunden. Der Stadtrat soll es sich nochmals überlegen, bevor wieder viel Geld für die Umprogrammierung der Parkuhren und deren Beschriftung ausgegeben wird.

2. Reduzierung der gebührenpflichtigen Parkzeit am Abend:

Danke schön. Ich bin zum grossen Teil damit einverstanden. Eine Ausnahme bilden die Parkplätze am Adlerplatz, welche weiterhin bis 24 Uhr gebührenpflichtig sind. Dies wegen der Lärmbelästigung der Nachbarschaft. Dazu muss ich dem Stadtrat eigentlich Recht geben. Es ist mit Sicherheit eine Belästigung, zum Teil bis in die frühen Morgenstunden. Ursache dafür ist ein einziges Lokal. Die Erhebung einer Parkgebühr bis 24 Uhr ist jedoch nur Symptombekämpfung. Die Leute kommen so oder so. Das Problem aus der Welt schaffen hätte man früher müssen. Für einen solchen Betrieb mitten in der City hätte man nie eine Betriebsbewilligung erteilen dürfen. Auch in Rümlang gibt es ein ähnliches, aber noch etwas grösseres Tanzlokal; dieses ist jedoch weit ausserhalb der Wohngebiete im Industriequartier angesiedelt, wo so etwas auch hingehört. Bei uns ist dies doch sonst auch möglich, wie die Beispiele von Tanzlokalen in der Industrie Neugut und Gfenn beweisen. Müssen jetzt alle Restaurants im Zentrum, welche auch auf diese Parkplätze angewiesen sind, wegen einem einzigen Betrieb bestraft werden?

3. Senkung der Parkgebühr:

Danke schön, ich bin damit einverstanden.

4. Gebührenfreies Parkieren auf den öffentlichen Parkplätzen beim Schwimmbad, Alterszentrum, Friedhof und allen anderen Sportanlagen:

Die Beantwortung dieser Frage steht noch aus, weshalb das Postulat auch nicht abgeschrieben werden kann. Eine Anmerkung noch zum neusten Konzept des Stadtrates für den Badiparkplatz, welches man aus den Medien entnehmen konnte. Erlauben Sie mir dazu eine mögliche Situation kurz darzustellen: Eine Mutter will mit ihren beiden Kindern am 1. August in die Badi. Sie fährt also zur Badi, lädt dort das Gepäck und die Kinder aus (die auf das Gepäck achten müssen) und geht dann einen Parkplatz suchen. Der Stadthausparkplatz steht nicht zur Verfügung, da dort das grosse Festzelt steht, wie auch sonst an einigen Wochenenden im Sommer. Also fährt sie weiter zum Chilbiplatz. Dieser Parkplatz ist ja gebührenpflichtig und die Mutter hat ihr Portemonnaie in der Tasche gelassen; fährt wieder zurück an die Oberdorfstrasse, klaubt einen Fünflieber aus der Tasche und fährt erneut zum Chilbiplatz, parkiert den Wagen, „füttert“ die Parkuhr und marschiert dann zur Badi, wo ihre beiden Kinder mit Sicherheit eine halbe Stunde in der brütenden Hitze, von womöglich über 30 Grad, ausharren mussten. Eine verantwortungsbewusste Mutter macht dies, wenn überhaupt, nur einmal. Das nächste Mal fährt sie in eine Nachbargemeinde, wo nebst einer attraktiven Badi auch noch ein attraktiver Gratisparkplatz zur Verfügung steht. Wieso soll es plötzlich nicht mehr möglich sein, an den Spitzentagen, wie in den vergangenen Jahren, die Oberdorfstrasse zur Einbahnstrasse zu machen und die eine Hälfte der Strasse für Parkplätze zu benutzen? Nach Angaben des Stadtrates sei dies den Anwohnern nicht zumutbar. Ich glaube jedoch, dass das Parkieren entlang der Oberdorfstrasse der geringste Grund für eine Unzumutbarkeit ist. Die ganztägige Lärmimmission vom Badibetrieb selber ist sicher einiges höher; jedoch haben sich die Anwohner daran gewöhnt (oder sind wieder weggezogen). Am Abend kehrt ja wieder Ruhe ein - so konnte man dies bis vor einiger Zeit auch annehmen. Keine Ruhe gibt es jedoch, wenn dort an Abenden auch noch Events bewilligt werden, wie etwa das Personalfest der Stadtverwaltung, welches auch auf dem Badiareal durchgeführt wurde. Für mich ist das für die Anwohner eine viel grössere Zumutung. Übrigens: Viele umliegende Gemeinden haben keine Parkplatzgebühren bei Sport- und ähnlichen Anlagen. Es besteht lediglich eine Parkzeitbeschränkung; in Uster zum Beispiel auf 15 Stunden, womit Beschwerden, wie hier beim Friedhof, wonach Autos oder auch Anhänger das ganze Wochenende dort parkiert seien, von Anfang an eliminiert werden.

Aus diesen Gründen, aber vor allem weil noch nicht alle Fragen beantwortet wurden, darf das Postulat nicht abgeschrieben werden. Vielen Dank für die Unterstützung.“

Thomas Maier (GEU) verlangt das Wort:

„Ich habe gestern noch kurz etwas in meinen Unterlagen geforscht – was im Moment unmittelbar nach dem Umzug schon ziemlich tiefes Wühlen erfordert. Genauso alt wie die Tiefe meiner Schachteln ist mittlerweile auch das Thema eines Parkraumkonzeptes in Dübendorf. Verstaubt möchte ich nicht sagen, das Thema scheint uns einfach nicht loszulassen, obwohl die GEU schlicht nicht nachvollziehen kann warum. Ich habe schon im Dezember 2005 repetiert und rufe dies gerne auch heute noch einmal in Erinnerung: Wir haben in diesem Rat von verschiedensten Seiten immer wieder die Forderung gehört, der Stadtrat, beziehungsweise unsere Stadt, müsse ihre „Aktivposten“ aktiver und gewinnbringender bewirtschaften. Sei dies nun

mit einer Liegenschaftenstrategie oder eben einer Parkplatzbewirtschaftung. Denn Parkplätze sind ein solcher „Aktivposten“. Es ist Land im Besitz der Stadt und Menschen, in diesem Falle Autofahrerinnen und Autofahrer, die diesen benutzen wollen, sollen dies nicht mehr einfach so gratis tun dürfen. Nun hat der Stadtrat in den vergangenen Monaten, fast Jahren, genau dies mehr oder weniger konsequent umgesetzt. An den einen Orten (beim Stadthaus, im Zentrum) ging es schneller, an den anderen Orten (Schwimmbad) dauerte es etwas länger. Der Stadtrat ist auch bereit – wie er in seiner zweiten Antwort auf das Postulat heute aufzeigt – bei Notwendigkeit und auf Grund der gemachten Erfahrungen Korrekturen vorzunehmen. Was nicht heisst, dass die GEU damit glücklich ist – einfach um das der Klarheit halber festzuhalten. Interessant ist zum Beispiel die in der stadträtlichen Antwort enthaltene Beschreibung des Verhaltens der Autofahrenden: sie fahren „wieder“ direkt ins Parkhaus zu den Einkaufszentren – der Parkplatz kostet ja sowieso. Ein offenbar kleinerer Teil sucht sich in den Quartieren eine Parkplatz, was aber offenbar nicht stört. Beim Schwimmbad zeigt sich ein ebenso spannendes Verhalten: statt direkt von zu Hause aus zu Fuss in die Badi zu gehen, scheint es attraktiver, die Begleitung aussteigen zu lassen und dann vom Stadthaus zur Badi zu laufen. Obwohl die meisten wohl von zu Hause aus nicht viel weiter hätten. Fazit des Parkraumkonzeptes der Stadt bis jetzt: Endlich ist das Legislaturziel zur Bewirtschaftung der Aktivposten umgesetzt. Endlich wird das Verkehrschaos vor der Badi angepackt. Dies sind jahrelange Forderungen, auch der GEU. Dazu kommt, dass vom Gewerbe bis jetzt keinerlei Einbussen oder ähnliches zu vernehmen sind – auch dies haben wir so angenommen. Und last but not least: Primarschulpflege, römisch-katholische Kirchgemeinde und Alterszentrum wollen – endlich – nachziehen, da sie sehen, dass dies eine sinnvolle Lösung ist. Endlich ist dafür gesorgt, dass wer Grund und Boden nutzt – in diesem Falle fürs Parkieren – dies nicht gratis tun kann. Es ist leider so, dass es im Leben nichts gratis gibt. Wer meint, die Stadt mache ein gutes Geschäft, müsste eventuell auch mal überlegen, was zum Beispiel der Unterhalt von solchen Parkplätzen kostet. Oder buchhalterisch betrachtet: wie viel Gewinn respektive eben kein Gewinn dieses „Vermögen“ der Stadt abwirft. Die Kosten berappen die Dübendorfer, ob Parkplatzbenutzer oder nicht, über allgemeine Steuermittel. Mit seiner Antwort optimiert der Stadtrat jetzt - wie von den Postulanten gefordert - sein Konzept. Natürlich kann er nicht allen Forderungen stattgeben.

Im Sinne eines Kompromisses bitte ich daher den Rat, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und das Postulat abzuschreiben. Damit werden der Stadt Einnahmen ermöglicht. Die Bewirtschaftung ist gerecht, marktwirtschaftlich und jetzt für alle fair ausgestaltet.“

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Abstimmung:

Für Abschreibung:	14
Gegen Abschreibung:	21

Das Postulat ist somit nicht abgeschrieben und wird weiterhin als Pendeuz im Geschäftsbericht aufgeführt.

7. Motion SP-Fraktion betreffend Wärmeenergiebedarf bei Bauten / Überweisung

Namens der SP-Fraktion begründet Andrea Kennel den Vorstoss:

„Energie für Heizung und Warmwasser benötigen über ein Drittel unseres Energiekonsums. Dabei werden überwiegend fossile Energieträger, die CO₂ produzieren, genutzt. Na und, ist das ein Problem? Ja, das ist je länger je offensichtlicher. Der Verbrauch an fossiler Energie wirkt sich auf die Umwelt negativ aus. Es ist nun klar, dass dieses Thema in der Politik immer wieder aufgegriffen wird. Ist es doch Aufgabe der Politik, auf solche Probleme aufmerksam zu machen. Doch noch viel wichtiger ist es, Lösungen zu finden und durchzusetzen. Genau hier setzt die SP-Motion an. Die SP will, dass der Energiebedarf für Wärme in Gebäuden limitiert wird. Dies sowohl für Neubauten als auch nach Sanierungen. Zuerst zu den Neubauten. Für Neubauten gibt es den Minergiestandard und Minergie-P Standard. Diese liegen bei 40 kWh/m² respektive 30 kWh/m². Das Ziel der SP für Dübendorf liegt bei 50 kWh/m². Wie kommen wir nun auf diese Zahl? Diese hat die SP nicht selber erfunden oder ausgelost, nein, sie entspricht dem SIA-Zielwert. Der Vergleich mit Minergie soll aber zeigen, dass dieser Wert nicht utopisch, sondern für Neubauten absolut realistisch ist. Wie sieht das nun bei Sanierungen von alten Gebäuden aus? Bekanntlich verbrauchen ältere Gebäude massiv mehr Energie für die Heizung. Wie kommt die SP da auf den geforderten Wert und wie realistisch ist die Umsetzung? Auch hier entspricht der geforderte Wert dem SIA-Zielwert. Dass dieser auch klar unterschritten werden kann, zeigen verschiedene Beispiele. Vor gut einem Monat führten wir in Dübendorf eine Veranstaltung durch zum Thema Gebäuderenovation. Dabei zeigte ein Bauherr, wie er sein Haus renoviert hat. Der Architekt zeigte dann noch weitere Beispiele von Gebäudesanierungen. In vielen Fällen wurde sogar der Minergiestandard erreicht. Mit 40 kWh/m² ist das gerade mal halb so viel, wie der SIA-Zielwert. Das Problem dabei ist aber, dass der Minergiestandard nur mit Komfortlüftung realistisch ist. Diese kann zwar auch bei Gebäudesanierungen noch eingebaut werden, aber je nach Ausgangslage ist das nicht immer einfach zu bewerkstelligen. Den Wert 80 kWh/m² ist aber auch ohne Komfortlüftung gut erreichbar. Was mich bei diesem Vortrag sehr überrascht hatte ist, dass bereits mit moderner Isolation sehr viel Heizenergie eingespart werden kann. Es ist wirklich erstaunlich und faszinierend, wie die Technik hier grosse Fortschritte gemacht hat und auch noch weiter macht. Nun, es ist klar, dass ich als Ingenieurin für den technischen Fortschritt bin. Ich bin auch dafür, dass wir auf die Umwelt Rücksicht nehmen. So gesehen, müsste ich weit härtere Energiewerte verlangen, denn diese wären möglich. Doch bleiben wir auf dem Boden. Die SIA-Zielwerte sind nicht nur mit modernster Technik möglich. Sie können mit Technik erreicht werden, die heute sehr gut erprobt ist und auch absolut bezahlbar ist. Erklären wir also zur Norm, was heute eigentlich normal ist. Wieso hat die SP als Vorstoss eine Motion gewählt? Wir wollen, dass die Zielwerte verbindlich vorgeschrieben werden. Das dafür geeignete Gesetz ist die Bauordnung. Daher beantragen wir eine Erweiterung der Bauordnung. Wir bitten Sie diesen lösungsorientierten, sinnvollen und vor allem umsetzbaren Vorstoss für Dübendorf und die Umwelt zu unterstützen.“

Namens des Stadtrates nimmt Stadtpräsident Lothar Ziörjen in einem sehr ausführlichen Referat zur Motion Stellung.

Fazit: Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, die Motion nicht zu überweisen. Grund: Da es sich bei der Festsetzung der Grenzwerte in Sachen Wärmenergiebedarf um übergeordnetes (kantonales) Recht handle, sei von einer entsprechenden Regelung in der Bauordnung abzusehen. Sobald die kantonalen Vorschriften nämlich verschärft würden, wäre die Regelung in der Bauordnung wieder hinfällig.

Orlando Wyss (SVP) verlangt das Wort:

„Die Fraktion der SVP spricht sich klar gegen die Motion aus. Folgende Gründe haben die SVP zu diesem Schritt veranlasst: Wir haben von einer ausgewiesenen Fachkraft anhand des Beispiels eines Mehrfamilienhauses die Berechnung aufgrund der heute bereits vorhandenen Grundlagen erstellen lassen und sind auf eine Kennzahl von 62 kWh/m² gekommen. Diverse Einflüsse sind natürlich zu berücksichtigen. Die Berechnung zeigt aber auf, dass die von der SP geforderten 50 kWh/m² ohne eine kontrollierte Lüftung nicht zu erreichen sind. Die Aussage der SP, dass der Wert von 50 kWh/m² ohne eine kontrollierte Wohnraumbelüftung erreicht werden könnte, ist somit zu relativieren. Damit der Grenzwert von 50 kWh/m² eingehalten werden kann, müsste die Wärmedämmung um zirka 25% verbessert werden. Dies ist aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht sinnvoll. Es braucht für die Produktion der Dämmung sehr viel Mehrenergie, welche sehr wahrscheinlich ein Mehrfaches des gesparten Energieausstosses beim Neubau ausmacht und sich somit negativ auf die Umwelt auswirkt. Die Baukosten würden ebenfalls um zirka 5 bis 8% steigen, was bei einem 6-Familienhaus bereits zirka Franken 175'000 bis 200'000.- ausmacht. Diese Kosten müssten wiederum auf den Kauf- respektive Mietpreis überwältzt werden. Der Stadtrat hat im Legislaturprogramm 2006 - 2010 das Ziel formuliert, das Standortmarketing für die Stadt Dübendorf zu verstärken. Mit einer solchen neuen Festsetzung der Grenzwerte würde man wohl genau das Gegenteil erreichen. Die Attraktivität der Stadt Dübendorf würde deutlich verschlechtert werden. Investitionsfreudige Firmen und Personen würden Dübendorf als neuen Standort meiden, weil die Attraktivität aufgrund zu hoher Investitionskosten nicht mehr gegeben wäre. Dies kann nicht im Sinne der Stadt Dübendorf sein. Es gäbe andere Wege, nachhaltiges Bauen in Dübendorf zu fördern. Indem man Bauherren, welche im Minergie- oder Minergie-P-Standart bauen wollen einen Ausnutzungsbonus als Anreiz geben würde, gäbe es sicher mehr Investoren, welche Dübendorf als Standort auswählen würden, als mit einer verschärften Bauordnung. Dies würde auch dazu führen, dass die Bauherren mit einer nachhaltigen Energieplanung mehr Raum schaffen könnten. So wären sie in der Lage die Mehrkosten besser aufzuteilen, ohne dass es für die Käufer- oder Mieterschaft zu grossen Mehrkosten kommen würde. Es gibt es keinen vernünftigen Grund in dieser Frage ein Sonderzüglein zu fahren. Aus den genannten Gründen bittet die SVP, die Motion "Begrenzung Wärmenergiebedarf bei Bauten" abzulehnen.“

Ruedi Herter verlangt namens der FDP-Fraktion das Wort:

Die FDP-Fraktion stimmt hinblicklich Problemstellung und Zielsetzung mit den Motionären überein. Als falsch erachtet die FDP hingegen den Lösungsansatz. Die FDP appelliert auch bei diesem Thema an die Eigenverantwortung und wünscht sich keine weiteren Einschränkungen durch neue Verordnungen. Ebenfalls missfällt der

FDP die Idee, dass man für ein globales Problem eine kommunale Lösung suche. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem Gemeinderat, die Motion nicht zu überweisen.

Daniel Brühwiler (GEU) äussert sich im Namen seiner Fraktion:

Auch der GEU seien die Fakten bezüglich Energieverbrauch im Wärmesektor bekannt. In diesem Sinne würden sich die Ziele der GEU mit den Zielen der SP decken. Trotzdem gibt es seitens der GEU einige Kritikpunkte: Die Grenzwerte festzulegen, sei Aufgabe der Kantone. Auch erachte es die GEU als nicht sinnvoll, dass alle Gebäudearten den gleichen Bedingungen unterworfen werden. Die GEU ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Die Erstunterzeichnerin Andrea Kennel (SP) nimmt nochmals Stellung:

Andrea Kennel bedankt sich für die Diskussion. Offensichtlich handle es sich hierbei um ein wichtiges Thema. Spannend sei die Idee der SVP, mit Anreizen zu arbeiten. Die Stossrichtung sei jedenfalls die richtige. Andrea Kennel zeigt sich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Keine weiteren Bemerkungen aus dem Rat. Die vorliegende Motion ist somit in ein Postulat umgewandelt worden.

Abstimmung:

Für Überweisung:	11
Gegen Überweisung:	24

Das Postulat wird nicht überwiesen. Das Geschäft Nr. 76 / 2007 ist somit abschliessend behandelt.

20.35 Uhr: 5 Minuten Pause

8. 5 Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sie gibt zu den einzelnen Gesuchen ihre Empfehlungen ab.

Der Gemeinderat fasst,

gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:

Geschäft Nr. 27 / 2006

Bangoji Rahida, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Birchenstrasse 53, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Franken 725.—
Antrag BRK:	Zustimmung mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmungsergebnis	22 Ja zu 7 Nein.

Geschäft Nr. 28 / 2006

Hoti Ali, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Wangenstrasse 8, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Franken 725.—
Antrag BRK:	Zustimmung mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmungsergebnis:	22 Ja zu 3 Nein.

Geschäft Nr. 42 / 2007

Sallauka Xhemajl, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Leon und Leonita, wohnhaft Bühlwiesenstrasse 5, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Franken 1'450.—
Antrag BRK:	Zustimmung mit 3 zu 0
Diskussion:	Arthur Gasser (EDU) will wissen, warum die Ehefrau nicht gleichzeitig miteingebürgert wird. BRK-Mitglied Karin Hofer ergänzt, dass das Gesuch der Ehefrau aufgrund von nichterfüllten Kursbesuchen zurückgestellt worden ist. Arthur Gasser ist der Meinung, dass alle Familienmitglieder gleichzeitig eingebürgert werden sollen. Er stellt folgenden Antrag:

Das Bürgerrechtsgesuch mit der Geschäftsnummer 42 / 2007 ist um zwei Jahre zurückzustellen.

Abstimmung Antrag Gasser: 12 Ja zu 21 Nein

Schlussabstimmung: 21 Ja zu 11 Nein

Sallauka Xhemajl und die beiden Kinder Leon und Leonita sind somit eingebürgert worden.

Geschäft Nr. 43 / 2007

Soldatovic Jugoslav, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger, sowie eine Ehefrau Soldatovic Liljana geb. Vikic, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft Grundstrasse 29b, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Franken 1'900.—

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 22 Ja zu 5 Nein.

Geschäft Nr. 54 / 2007

Lamoreia Franca geb. Mazzarelli, italienische Staatsangehörige, sowie ihr Ehemann Lamoreia Orlando, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft Breitibachstrasse 1, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Franken 1'900.—

Antrag BRK: Zustimmung mit 3 zu 0

Diskussion: keine

Abstimmungsergebnis: 28 Ja zu 1 Nein.

Es werden keine Einwände gegen die Verhandlungsführung gemacht.

Schluss der Sitzung: 20.55 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Toni Spitale

Geprüft und genehmigt:

Dübendorf, 5. Juli 2007

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Die Präsidentin:

Valeria Rampone

Die Stimmenzähler:

Patrick Angele

Patric Crivelli

Jürg Zimmermann